

## Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages am Dienstag, 23.06.2020, 17:00 Uhr,  
Europaschule Oberstufenzentrum Oder-Spree  
Standort Fürstenwalde – Palmnicken, Turnhalle (Haus 2), Palmnicken 1  
15517 Fürstenwalde

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr                      Sitzungsende: 20:35 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.05.2020 - öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Geschäftsbericht des Landrates
6. Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat
7. Beratung und Beschlussfassung: Tarifsituation im Kreiskrankenhaus Beeskow
8. Beratung und Beschlussfassung: Entwicklung der Förderschule
9. Beratung und Beschlussfassung: Klausur zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie in der Kinder- & Jugendhilfe im Landkreis Oder-Spree
10. Beratung und Beschlussfassung: Rettungsschirm für anerkannte Träger der freien Jugendhilfe
11. Beratung und Beschlussfassung: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen durch Corona-Pandemie
12. Beratung und Beschlussfassung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2021 bis 2024 ff
13. Beratung und Beschlussfassung: 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree, § 17 Kreissenorenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung
14. 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree § 3 Einwohnerbeteiligung, Bürgerentscheid, Beteiligung von Kindern Jugendlichen
15. Beratung und Beschlussfassung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Landkreis Oder-Spree (Einwohnerbeteiligungssatzung)
16. Beratung und Beschlussfassung: Gebührensatzung der Volkshochschule des Landkreises Oder-Spree
17. Beratung und Beschlussfassung: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII

i.V.m. § 18 Abs. 2 KitaG im Landkreis Oder-Spree - Anpassung an § 90 Abs. 4 SGB VIII/§ 17 Abs. 1a KitaG

18. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Erneuerung der Kreisstraße 6744, Abschnitt 020, Ortsdurchfahrt (OD) Reichenwalde
19. Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 030, von Briesenluch – Markgrafpieske einschließlich straßenbegleitendem gemeinsamen Geh- und Radweg.
20. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss für einen Neubau einer Notstromersatzanlage (NEA) in Beeskow, Haus O (IT-Zentrale), Breit-scheidstraße 3e, Landkreis Oder-Spree
21. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss zur Modernisierung Spreeradweg im Landkreis Oder-Spree, 2. und 3. Bauabschnitt
22. Beratung und Beschlussfassung: Vorschlag zur Berufung ehrenamtlicher Richter/innen für das Sozialgericht Frankfurt (Oder)
23. Veränderungen in den Ausschüssen

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Beratung und Beschlussfassung: Benennung der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Oder-Spree
2. Beratung und Beschlussfassung: Benennung Senioren-/Behinderten-/Integrationsbeauftragte/r des Landkreises Oder-Spree

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Im Vorfeld der Eröffnung der Kreistagssitzung informiert Herr Jochen Schenk, Leiter des OSZ Palmnicken, die Anwesenden, dass er in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehe und sich aus diesem Anlass für die Zusammenarbeit mit dem Kreistag bedankt. Es sei viel für die Bildung auf den Weg gebracht worden. Es liege ihm am Herzen, den Breitbandausbau zügiger voranzubringen, um durch die weitere Digitalisierung der Schulen auf dem Stand der Entwicklung zu bleiben.

Der Landrat, Herr Lindemann, spricht seinen Dank für die langjährige erfolgreiche Arbeit des Schulleiters, Herrn Schenk, aus, der stets einen guten Kontakt zur Verwaltung bzw. zum Schulträger gepflegt habe. Die konsequente Durchsetzung des Schulkonzeptes präge die Entwicklung der Schüler und trage entsprechende Früchte.

Im Anschluss weist Herr Dr. Berger, Vorsitzender des Kreistages, aus gegebenem Anlass darauf hin, dass er um die Einhaltung der Geschäftsordnung bitte. Er sehe sich gezwungen, bei Verstößen – was unter anderem die Argumentation in den Redebeiträgen und den Respekt voreinander betreffe – eine entsprechende Ahndung vorzunehmen.

Sodann eröffnet er die Kreistagssitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

**zugestimmt**

## **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Folgende Änderungen zur Tagesordnung werden vorgeschlagen:

TOP 14, öffentlicher Teil: Änderungen in der Beschlussvorlage aufgrund des Ergebnisses der Sitzung des Kreisausschusses vom 15.06.2020

TOP 22, öffentlicher Teil: Ergänzung von Namen

TOP 1, nichtöffentlicher Teil: Beschlussvorlage fällt aufgrund des Ergebnisses der Sitzung des Kreisausschusses vom 15.06.2020 weg.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 2 Enthaltung 1*

## **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.05.2020 - öffentlicher Teil**

Herr Aulich bittet um Änderung zum TOP 11; die AfD sei dort als Fraktion bezeichnet. Er beantragt, dass die Redner mit ihrem Namen benannt werden.

Um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 2*

## **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Der TOP kann übersprungen werden, Fragen werden nicht vorgetragen.

## **Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates**

Der Geschäftsbericht des Landrates ist als Anlage zu TOP 5 beigefügt.

Die weiteren Ausführungen von Herrn Buhrke sind ebenfalls als Anlage zu TOP 5 beigefügt.

Im Anschluss informiert Herr Gehm über die personelle Situation in der Zulassungsstelle (Antrag der AfD-Fraktion zum Thema: Stärkung der Zulassungsstelle in Fürstenwalde) und nimmt Bezug auf die Pressemitteilung. Es liege keine defizitäre Personalplanung vor, die vorgeworfen werde.

Entsprechend des Kreistagsbeschlusses sei jedoch organisatorisch und personell nachgesteuert worden. Zum Beispiel arbeiten derzeit zwei Auszubildende mit, die bereits das Programm beherrschen würden, zwei weitere Stellen seien ausgeschrieben worden.

Die Planung sehe eine feste Reserve vor, die Stellen gemäß der Kennwerte der KGST seien mit 16 Stellen gut ausgelastet; jedoch kam es aus gesundheitlichen Gründen zu verstärkten Ausfällen. Inzwischen habe sich die Lage entspannt und das Personal das Mehraufkommen sukzessive aufgearbeitet.

Die Zukunft sehe vor, dass Mitarbeiter grundsätzlich auf den grundlegenden Wissensstand gebracht werden, dass diese kurzfristig in Notfallsituationen umgesetzt werden könnten. Forciert werden soll weiterhin, dass sich die Wartezeiten für Privatpersonen verkürzen und somit normalisieren.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 6 Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

1. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Möglichkeit des Engagements des Landkreises für die Fähre zwischen Aurith und Urad:  
Herr Lindemann habe sich mit Frau Grabs verständigt, dass zunächst geklärt werden müsse, in welcher Weise hier eine politische Initiative aus dem Kreistag angeschoben werden sollte. Das obliege dann der nächsten Kreistagssitzung im Oktober. Es wäre von Vorteil, wenn sich die Fraktionen bereits im Vorfeld dazu verständigen.
2. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum nicht sachgerechten Umgang mit einer Vogelschutzhecke am Oberstufenzentrum in Palmnicken:  
Unter Bezugnahme auf das Antwortschreiben vom 23.06.2020, welches als Anlage zum TOP 6 beigefügt ist, informiert Herr Gehm über den Inhalt bzw. den Sachverhalt und bezieht sich dabei ebenso auf die Pressemitteilungen.
3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN zu wilden Müllablagerungen in Storkow und der diesbezüglichen Tätigkeit des KWU-Entsorgungsunternehmens:  
  
Herr Buhrke führt aus, dass es sich einerseits um Privateigentümer handle bzw. die Stadt Storkow als Eigentümer selbst die Verantwortung für die Entsorgung bzw. Vorsorge zu tragen habe, dass keine Abfälle abgelagert werden können. Weiterhin betreffe es die Glascontainer-Stellplätze, die zwar regelmäßig gereinigt werden würden, was jedoch dazu führe, dass immer wieder illegal Müll dort abgelagert werde. Dieses Verhalten sei im gesamten Landkreis zu beobachten. Ohne bauliche Veränderungen könnten diese Probleme nicht gelöst werden; eine Überwachung der illegalen Müllplätze sei nicht zulässig.  
Die Zusammenarbeit mit dem KWU gestalte sich normal und ohne Probleme.
4. Anfrage der Fraktion SPD: Sachstand bei dem Modellprojekt Friedland (Ärztelhaus)  
Im Finanzausschuss sei bereits informiert worden, dass der Erwerb des Grundstückes bereits abgeschlossen wurde. Das Ärztelhaus mit den Baukosten sei in der Prioritätenliste enthalten, somit könne mit der Planung des Vorhabens begonnen werden. Gespräche mit den beiden Fachärzten seien geführt worden, der Zeitplan wurde gebilligt. Ein Ersatzquartier für den derzeitigen Mieter werde in Zusammenarbeit mit der Stadt Friedland gesucht.  
Anschließend könne mit dem Abriss begonnen werden.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung: Tarifsituation im Kreiskrankenhaus Beeskow, Vorlage: 6/DIE LINKE.PIRATEN/2020**

Der Vorsitzende verliest die Änderungen bzw. die Neufassung des Beschlusstextes. Im Anschluss erläutert Herr Dr. Pech den Inhalt; der Abschluss des Tarifvertrages müsse eine terminliche Perspektive bekommen.

Herr Umbreit stellt in Frage, warum der Kreistag in die Tarifverhandlungen eingreifen sollte. Er sehe den Vergleich mit dem Potsdamer Bergmann-Klinikum nicht real, da das Beeskower Krankenhaus ein Krankenhaus der Grundversorgung sei. Es müsse darauf geachtet werden, dass sich das Krankenhaus wirtschaftlich trage.

Herr Fachtan schließt sich der Auffassung an, dass der Kreistag nicht in die Tarifverhandlungen eingreifen sollte. Die Zahlen von 2018 und 2019 verdeutlichen die Verluste, daher könne es nicht das Ziel der Kreistagsabgeordneten sein, diese Verluste zu verstärken. Er lehne es ab, in die Tarifhoheit einzugreifen, da ein wirtschaftlicher Schaden zu erwarten sei.

Herr Lindemann merkt an, dass nicht das Heil in der Potsdam-Lösung gesehen werden sollte, da die Potsdamer im Moment selbst nicht wissen, ob das ein guter Weg sei, da erhebliche Belastungen auf den Stadthaushalt zukommen und hier auch beihilferechtliche Fragen eine Rolle spielten.

Herr Papendieck bezieht sich auf die Kreistagssitzung vom 04.12.2019, in der eine kurzfristige Annäherung und eine mittelfristige parallele Ausgleiche beschlossen worden sei. Er sehe hierin eine langfristige Sicherung; anderenfalls die Existenz des Krankenhauses als gefährdet.

Herr Dr. Pech sehe zwar einen Unterschied zwischen dem Potsdamer Bergmann-Klinikum und dem Beeskower Krankenhaus, jedoch könne die Arbeit der Krankenschwester in Beeskow nicht weniger Wert sein.

Die Aussagen, dass die Tarifpartner unabhängig sind, würden nicht zutreffen, da der Eigentümer und einer der Verhandlungspartner der Landkreis sei. Die Geschäftsführung des Krankenhauses sei weisungsgebunden. Daher könne nicht argumentiert werden, dass die Unabhängigkeit der Tarifpartner akzeptiert werden müsse.

Wenn nach dem Unterschied gefragt werde, was im Dezember beschlossen worden sei und wie die Situation derzeit aussehe bzw. was auf dem Antrag stehe, müsse das so verstanden werden, dass die Vertreter des Landkreises, die die Verhandlungen führen, die Aufgabe erhalten, in den Verhandlungen anzustreben, dass aus dem Wort mittelfristig ein Datum werde. Die konkreten Regelungen würden dadurch unberührt bleiben.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt, als Gesellschafter des Kreiskrankenhauses Beeskow die Tarifverhandlungen mit dem Ziel einer Rückkehr in den Tarif des öffentlichen Dienstes zum 01. 01. 2021 zu führen. Es ist eine Lösung anzustreben, die der Potsdamer Lösung für das Bergmann-Klinikum entspricht.

### ***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 12 Enthaltung 3*

### **Zu TOP 8      Beratung und Beschlussfassung: Entwicklung der Förderschule Vorlage: 7/DIE LINKE.PIRATEN/2020**

Herr Dr. Pech erläutert den Anwesenden die Gründe des Antrages. Er verstehe nicht, warum dem Antrag widersprochen werde, da eigentlich der Auftrag erteilt werden sollte, mit dem Nachbarlandkreis Verhandlungen zu führen, ob man sich darüber einigen könne, Schüler aus dem Landkreis LOS in der dort neugebauten Förderschule aufzunehmen und zu beschulen. Die Fahrwege wären anderenfalls unzumutbar. Man müsse hierin die Chance für die Zukunft sehen.

Frau Siebke bezieht sich auf die bisher geführten Diskussionen im Bildungsausschuss, der sich seit längerer Zeit mit dem Problem befasst habe, da die Zustände in den Förderschulen in Erkner und Fürstenwalde untragbar seien. Der Neubau in Fürstenwalde müsse oberste Priorität besitzen. Man sei sich bewusst, dass Probleme wegen der Fahrstrecke auftreten könnten. Jedoch sei der größere Teil der Schüler aus MOL, deshalb sei ein zweiter Standort in Erkner nach dem Neubau in Neuenhagen ausgeschlossen. Das Schulverwaltungsamt habe nach Prüfung mitgeteilt, dass Schüler aus LOS wegen einzuhaltender Zuständigkeiten und aus Kapazitätsgründen nicht in Neuenhagen beschult werden können. Es bestünde jedoch die Bereitschaft, Schüler aufzunehmen, sofern Plätze vorhanden seien.

Herr Lindemann schließt sich an. Es sei gesetzlicher Auftrag, benachteiligte Schüler gesondert zu beschulen. Eine Verwaltungsvereinbarung könne diese Aufgabe nicht aufheben.

Herr Wuttke bezieht sich auf die Ausführungen und erwidert, dass die geistig und/oder körperlich behinderten Kinder wegen der Sammeltaxis jetzt schon erhebliche Fahrzeiten hinnehmen müssten. Die Strecke von Erkner nach Neuenhagen unterscheide sich jedoch nicht sehr mit der Strecke nach Fürstenwalde.

Herr Dr. Stiller nimmt ebenso Bezug auf die ausführliche Diskussion im Bildungsausschuss und die Stellungnahme des Landkreises dazu. Unstrittig sei, dass das Erfordernis des Neubaus gegeben sei und Fürstenwalde zentral liege, jedoch müsse beachtet werden, dass es Härtefälle, deren Anzahl nicht planbar sei, geben werde. Hier stelle sich die Frage, wie damit umgegangen werden soll.

Dr. Zeschmann weist darauf hin, dass ein Kompromiss mit dem Landkreis MOL gefunden werden müsse, anderenfalls sei er der Auffassung, dass ein zweiter Schulstandort in Erkner neu gebaut werden müsse.

Herr Wende bezieht sich auf die Ausführungen von Dr. Pech. Es gehe darum, im Gespräch mit dem Landkreis MOL zu bleiben und somit die Möglichkeit der Beschulung in Neuenhagen im Notfall zu ermöglichen. Es müsse ein Zeichen gesetzt werden.

Herr Heisel schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Es sei wichtig, die eigenen Schulen zu modernisieren, jedoch schließe dies nicht die Gesprächsführung mit dem Landkreis MOL aus.

Frau Zarling informiert, dass durch Herrn Pilz, Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, Gespräche mit dem benachbarten Landkreis geführt worden seien, um die Möglichkeit der Beschulung in Neuenhagen offen zu lassen. Derzeit sei die Schülerzahl aus dem Bereich Erkner/Woltersdorf jedoch rückläufig. Aus rechtlicher Sicht sei eine Verwaltungsvereinbarung nicht möglich.

Herr Opitz merkt an, dass alle Argumente bereits im Bildungsausschuss vorgetragen und besprochen worden seien. Er sehe die Diskussion daher überflüssig.

Dr. Pech beantragt die namentliche Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt, in Gesprächen mit dem Landkreis Märkisch-Oderland und dem staatlichen Schulamt die Möglichkeit einer Verwaltungsvereinbarung zum Zwecke der Kooperation der Förderschulen (Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung") im Bereich Schöneiche/Woltersdorf/Erkner mit dem Schulstandort Neuenhagen zu prüfen.

In diesen Gesprächen soll eine langfristige Verwaltungsvereinbarung angestrebt werden, die auch bei Investitionen berücksichtigt werden kann.

***Mehrheitlich abgelehnt***

*Ja 16 Nein 34 Enthaltung 0*

**Zu TOP 9      Beratung und Beschlussfassung: Klausur zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie in der Kinder- & Jugendhilfe im Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 8/B90/GRÜNE/2020**

Frau Scheufele erläutert den Inhalt des Antrag (Anlage zu TOP 9).

Frau Kaethner bringt zum Ausdruck, dass sie den Antrag unterstütze, da das Kindeswohl in den Zeiten der Corona-Pandemie nicht berücksichtigt worden sei.

Herr Wende schließt sich den Ausführungen von Frau Scheufele an und bedankt sich in diesem Zusammenhang für die Arbeit und das Engagement der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

Um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt das Jugendamt, noch im Jahr 2020 eine Klausurtagung mit den Kommunen und den professionellen und ehrenamtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe Oder-Spree auszurichten. Dies ist der Beginn eines Prozesses zum Erfahrungsaustausch über Herausforderungen und Chancen in Zeiten der Corona-Pandemie. Erfahrungen und Erkenntnisse dieser Zeit sollen zur Optimierung der künftigen Situation der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis genutzt werden.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 3 Enthaltung 5*

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: Rettungsschirm für anerkannte Träger der freien Jugendhilfe, Vorlage: 9/CDU/2020**

Herr Schroeder erläutert für die Fraktion CDU den Inhalt des Antrages.

Herr Papendieck unterstützt den Antrag und merkt an, dass ein Umfang bzw. der finanzielle Rahmen abgesteckt werden müsse. Er schlägt vor,

das Wort „Entwicklung“ durch das Wort „Prüfung“ zu ersetzen.

Der Vorsitzende fragt nach, ob die CDU-Fraktion den Änderungsvorschlag übernimmt.

Herr Wende bittet den Änderungsantrages zu überdenken, da nicht gewiss sei, dass es nach Prüfung tatsächlich ein Sonderprogramm geben werde. Er befürworte den ursprünglichen Antrag.

Es müsse jedoch geklärt werden, auf welche Bereiche der Jugendarbeit sich das Förderprogramm erstrecke. Die Verwaltung, das Jugendamt sowie der Jugendhilfeausschuss sollten mit der Entwicklung eines einmaligen Sonderprogrammes zur Unterstützung von Angeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit für Träger der freien Jugendhilfe beauftragt werden. Die An-

gebote müssten aus seiner Sicht ein konkretes Unterstützungs-, Bildungs- oder Freizeitangebot im Sinne der §§ 11, 12, 13 SGB VIII für Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis Oder-Spree im Rahmen der Corona-Pandemie und der Verminderung ihrer Folgen eingesetzt werden können. Er empfehle, dieses Programm ergänzend zur Richtlinie zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit zu erarbeiten. Inhalt sollte auch sein, dass die während und nach der Pandemie entstandene Finanzierungslücke bei den Trägern der Hilfen zur Erziehung des LOS im Rahmen einer Sonderfinanzierung der pandemiebedingte und durch den Träger nachzuweisende Ausfall erstattet werde. Der Unterschied zwischen den abgerechneten Fällen im Jahr 2019 und den Ist-Fällen im Jahr 2020 wäre somit ist die Grundlage für die einmalige Sonderfinanzierung. Hier klaffe eine Lücke in der Unterstützung.

Herr Fachtan merkt an, dass der Landkreis zur Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft auf die freien Träger der Jugendhilfe angewiesen und dort finanziell viel weggebrochen sei. Daher unterstütze er den Antrag, der jedoch konkretisiert werden müsse.

Frau Scheufele befürwortet die vorgeschlagene Änderung der Formulierung auf Prüfung. Somit bestünde für den Jugendhilfeausschuss bzw. Unterausschuss Jugendhilfeplanung Gelegenheit, die Einzelheiten im Detail zu erarbeiten.

Herr Schroeder betont, dass der Antrag darauf abziele, eine Erkenntnisgrundlage zu schaffen, welche Förderprogramme es bereits gebe, wie groß die Lücke sei, zu dem, was die Träger noch besitzen. So könnten in der Sommerpause die Zahlen erfasst werden. Aus diesem Grund würde der den „Prüfauftrag“ befürworten, wenn die Verwaltung signalisiere, dass mit einem Entwurf nach der Sommerpause gerechnet werden könne.

Frau Zarling weist darauf hin, dass das Thema sehr komplex sei. Um eine Entscheidungsgrundlage vorzubereiten, müsse alles qualifiziert werden. Derzeit sei kein Träger bekannt, der Existenzprobleme habe; die Verwaltung habe Liquidität geleistet und es gebe von Seiten des Bundes das Sozialdienstleistungsgesetz. Diese Fakten müssten vorerst zusammengetragen werden.

Um Abstimmung wird gebeten.

### **Antrag:**

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung mit der Entwicklung eines einmaligen Förderprogramms für anerkannte Träger der freien Jugendhilfe.

Die während der Pandemie entstandene Finanzierungslücke soll, zwischen den abgerechneten Fällen im Jahr 2019 und den Ist-Fällen im Jahr 2020, durch den Kreis ermittelt werden. Dies ist die Grundlage für das Förderprogramm.

### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 0*

### **Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen durch Corona-Pandemie, Vorlage: 032/2020/1**

Frau Grabs stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag, und zwar die Streichung des Teils: „und zur Vorbeugung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Höhe von 264.074,53 €“.

Sie begründet den Antrag damit, dass über diese Summe im Kreistag nicht beschlossen werden müsse. Ebenso sei sie der Meinung, dass die Kosten für die Afrikanische Schweinepest nicht konfliktfrei seien.

Herr Lindemann antwortet, dass das vorliegende Papier als Informationsvorlage für den Kreistag zu betrachten sei.

Herr Heisel merkt an, dass er davon ausgehe, dass die angesetzten Kosten bis zum Jahresende nicht ausreichend seien und fragt an, ob es weitere Informationen geben werde. Die Unter-  
setzung der Art der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest müsse diskutiert werden.

Herr Lindemann antwortet weiter, dass sich die Frage nicht stelle und die Angelegenheit zum Kreistag im Oktober weiter diskutiert werden könne. Sollten Haushalts- bzw. Vertragsgrenzen überschritten werden, müsse selbstverständlich der Kreistag darüber informiert werden.

Herr Diepold berichtet, dass das Thema der Afrikanischen Schweinepest im Landwirtschaftsausschuss ausgiebig behandelt worden sei. Frau Senger, Amtsleiterin Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, habe bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie im Ausschuss umfangreich informiert und werde zur nächsten Ausschusssitzung im August erneut anwesend sein. Er fordert die Anwesenden auf, sich umfangreicher mit dem Thema zu beschäftigen und größere Bedeutung beizumessen.

Herr Meise fragt nach, ob Drittmittel angefordert werden könnten, da er hier ein nationales Thema sehe.

Herr Buhrke bezieht sich in seinen Ausführungen auf den Inhalt der Beschlussvorlage. Man spreche hier über Ausgaben, die im Haushalt nicht geplant seien und über Krisensituationen, weswegen der Kreistag darüber informiert und abstimmen müsse. Über den Inhalt zu diskutieren, wäre vertane Zeit und gehöre in die Fachausschüsse.

Herr Dr. Mühlberg möchte gern wissen, was bei mehrheitlicher Ablehnung geschieht, da die Finanzen bereits ausgegeben wurden.

Der Landrat, Herr Lindemann, verweist auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 18.03.2020 zur Haushaltsführung bis zum nächstmöglichen Kreistag.

Herr Dr. Pech ergänzt, dass es in der Sitzung des Kreisausschusses den Konsens gegeben habe, vorbeugend zu erlauben, Ausgaben zu tätigen, mit der Maßgabe, dass sie anschließend dem Kreistag vorgelegt werden. Er bittet diesbezüglich um Berücksichtigung.

Herr Fachtan regt an, dass beide Punkte nacheinander zur Abstimmung gebracht werden, also, ob 1. die Kosten der Corona-Pandemie und 2. die Kosten der Afrikanischen Schweinepest getragen werden.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Abstimmungsergebnis: *Ja: 5, Nein: Mehrheit, Enthaltung: 3*).

**Mehrheitlich abgelehnt**

Im Anschluss wird um Abstimmung über die Beschlussvorlage gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 624.215,51 € für Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und 264.074,53 € zur Vorbeugung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Nein 2 Enthaltung 4*

**Zu TOP 12      Beratung und Beschlussfassung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises Oder-Spree im Zeitraum 2021 bis 2024 ff  
Vorlage: 026/2020**

Frau Heinrich bemängelt zwei Punkte der Prioritätenliste:

1. Erweiterungsbau Rouanet-Gymnasium, laut Schulentwicklungsplan sei kein Bedarf zu sehen und
2. MORUS-Oberschule in Erkner, die Planung im Jahr 2022 sei zu spät, im Bildungsausschuss sei bereits darüber gesprochen worden, die Unterlagen umgehend nach Erkner zu übergeben, dass dort das Planungsrecht geschaffen werde.

Herr Dr. Stiller ergänzt die Ausführungen von Frau Heinrich und bezieht sich auf § 102 der Schulentwicklungsplanung: „Die Schulentwicklungsplanung soll die planerische Grundlage für ein wohnungsnahes und alle Bildungsgänge umfassendes Schulangebot und den Planungsrahmen für einen zweckentsprechenden Schulbau schaffen.“ Er sehe hier einen Widerspruch, da plötzlich in der Prioritätenliste der Erweiterungsbau an einer Schule erscheine, obwohl in der Schulentwicklungsplanung stünde, dass sich dort durch den Neubau vor einigen Jahren die Raumsituation deutlich verbessert habe.

Herr Papendieck weist darauf hin, dass drei Projekte im Bildungsbereich erscheinen, bei denen die B-Pläne mit beauftragt werden sollen: Förderschule Fürstenwalde, Gesamtschule Erkner, Gymnasium Schöneiche, zumal bekannt sei, wieviel Zeit diese in Anspruch nehmen. Da die Bürgerbeteiligung abzuwarten sei, könne man hier von zwei Jahren ausgehen. Das bedeute, dass der Haushalt 2022 dafür ausgelegt werden sollte, da Erwartungen bei den Bürgern geschürt werden.

Frau Scheufele bittet bezüglich des Straßenbaus, dem Radwegebau mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Dr. Zeschmann vermisst – wie bereits von Frau Heinrich ausgeführt – die im Bildungsausschuss beschlossene Ergänzung, dass mit der Planung der MORUS-Oberschule in Erkner sofort begonnen werde, sobald die Voraussetzungen vorliegen und nicht festgesetzt erst im Jahr 2022. Weiterhin gehe er davon aus, dass die B-Plan-Unterlagen umgehend an die Stadt Erkner weitergereicht werden, so dass möglichst wenig Zeit ins Land ginge.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass beide Punkte aufgenommen werden und bittet im Anschluss um Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag bestätigt die in den Anlagen 1 und 2 ausgewiesene Prioritätensetzung und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen entsprechend der Priorität, der Schaffung baulicher Voraussetzungen und in Abhängigkeit von dem für Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzvolumen in die Haushaltsplanung 2021 und Folgejahre aufzunehmen.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 4 Enthaltung 6*

**Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree, § 17 Kreissenioresenbeirat, Beirat für Menschen mit Behinderung, Vorlage: 005/2020**

Herr Papendieck bittet um regelmäßige Berichterstattung über die Seniorenarbeit in den Ausschüssen.

Frau Kaethner unterstreicht den Beschlussvorschlag und fordert auf, dass sich die Anwesenden mit dem zu erwartenden Gesetzesentwurf zum Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz auseinandersetzen.

Um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die in der Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree unter § 17.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 14      3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung für den Landkreis Oder-Spree, § 3 Einwohnerbeteiligung, Bürgerentscheid, Beteiligung von Kindern Jugendlichen, Vorlage: 008/2020/2**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung des Landkreises Oder-Spree unter § 3 Abs. 4- Einwohnerbeteiligung, Bürgerentscheid, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung im Landkreis Oder-Spree (Einwohnerbeteiligungssatzung)  
Vorlage: 021/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligungssatzung im Landkreis Oder-Spree.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: Gebührensatzung der Volkshochschule des Landkreises Oder-Spree, Vorlage: 019/2020**

Frau Dr. Böger merkt an, dass sie sich bei der Kalkulation der Beiträge gerade Werte wünschen würde.

Herr Lindemann bezieht sich auf die Gebührengesetze bzw. das Prinzip der speziellen Entgeltlichkeit. Das bedeute, dass genau kalkuliert werden müsse, da über Gebühren keine Mehreinnahmen generiert werden dürften.

Um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte Gebührensatzung der Volkshochschule des Landkreises Oder-Spree.

***Mehrheitlich zugestimmt***  
*Nein 1 Enthaltung 2*

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII i.V.m. § 18 Abs. 2 KitaG im Landkreis Oder-Spree - Anpassung an § 90 Abs. 4 SGB VIII/§ 17 Abs. 1a KitaG  
Vorlage: 027/2020**

Frau Stahl widerspricht dem Beschlussvorschlag. Sie sei der Auffassung, dass die frühkindliche Förderung und Bildung für die Entwicklung der Kinder entscheidend sei; daher müsse sie kostenfrei und unabhängig sein vom Einkommen der Eltern. Es sei nicht vermittelbar, dass in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern die Kita gebührenfrei sei.

Die Satzung werfe viele unklare Punkte auf, so sei die Staffelung der Beiträge ungerecht. Hier müsse geprüft werden, inwieweit zwischen Kita-Trägern und Landkreis Einvernehmen bestehen könne. Bei einem Vergleich der Satzungen von 2009 und der jetzt vorliegenden Fassung werde ersichtlich, dass sich die Beiträge für den Mittelstand und die „Mehrverdiener“ 50 – 100 % erhöhen würden.

Herr Dr. Zeschmann weist darauf hin, dass dies ein Thema des Landtages sei; dort habe sich die Mehrheit gegen eine kostenfreie Kita ausgesprochen.

Frau Scheufele ist der Auffassung, dass die Beiträge angemessen seien. Der Jugendhilfeausschuss habe einstimmig zugestimmt.

Frau Heinrich ergänzt, dass die Gegebenheiten der einzelnen Bundesländer nicht verglichen werden können. Grundlage sei das Kitagesetz und das SGB VIII, die Voraussetzungen müssten vom Land geschaffen werden. Das Ansinnen sollte sein, die Kitabetreuung in Zukunft beitragsfrei zu gestalten.

Um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die vorliegende Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Plätzen in der Kindertagespflege gemäß § 23 SGB VIII i.V.m. §§ 17, und 18 Abs. 2 Kindertagesstättengesetz im Landkreis Oder-Spree.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
*Nein 5 Enthaltung 4*

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur Erneuerung der Kreisstraße 6744, Abschnitt 020, Ortsdurchfahrt (OD) Reichenwalde  
Vorlage: 028/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und der baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 020, Ortsdurchfahrt Reichenwalde auf einer Länge von 754 m und einer Straßenverbreiterung mit Deckenerneuerung auf einer Länge von 174 m vorbehaltlich der Bereitstellung der beantragten Zuwendungen durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Stabstelle Programmsteuerung.

**einstimmig zugestimmt**  
*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 19      Beratung und Beschlussfassung: Baubeschluss zur baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 030, von Briesenluch – Markgrafpieske einschließlich straßenbegleitendem gemeinsamen Geh- und Radweg, Vorlage: 029/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und der baulichen Realisierung des grundhaften Ausbaus der K 6744, Abschnitt 030, Briesenluch – Markgrafpieske (Kummerallee) einschließlich eines straßenbegleitenden gemeinsamen Geh- und Radweges auf einer Länge von 764 m.

**einstimmig zugestimmt**  
*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 20      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss für einen Neubau einer Notstromersatzanlage (NEA) in Beeskow, Haus O (IT-Zentrale), Breitscheidstraße 3e, Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 030/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung eines Neubaus einer NEA in Beeskow, Breitscheidstraße 3e, am Haus O (IT-Zentrale) Landkreis Oder-Spree, zur Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 2 Enthaltung 1*

**Zu TOP 21      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss zur Modernisierung Spreeradweg im Landkreis Oder-Spree, 2. und 3. Bauabschnitt, Vorlage: 031/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der planerischen Vorbereitung und der baulichen Ausführung der Modernisierung des 2. und 3. Bauabschnitts des Spreeradweges auf einer Länge von ca. 36,00 km im Landkreis Oder-Spree.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 22      Beratung und Beschlussfassung: Vorschlag zur Berufung ehrenamtlicher Richter/innen für das Sozialgericht Frankfurt (Oder)  
Vorlage: 022/2020**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree schlägt folgende Personen für die Wahl zur/m ehrenamtlichen Richter/in für das Sozialgericht Frankfurt (Oder) vor:

<u>Knut Eichstädt</u>	<u>Sebastian Heinrich</u>
<u>Eberhard Mohn</u>	<u>Rita-Sybille Heinrich</u>
<u>Klaus-Günter Rundorf</u>	<u>Monika Kilian</u>
<u>Marina Luhn</u>	

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 2 Enthaltung 4*

## **Zu TOP 23      Veränderungen in den Ausschüssen**

Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN liegt vor:

Herr Carsten Krappmann wird als stellvertretendes Mitglied für Herrn Wende und als Nachrücker von Herrn Eberhard Sradnick für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Oderland-Spree bestätigt.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 2*

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin